

# Hier ist

# DIE LINKE.

## **KLIPP & KLAR**

DIE LINKE. Wiesbaden  
informiert. Januar 2010

### **Das System Koch und die „Steuerfahnder-Affäre“**

**In Hessen wurden engagierte Steuerprüfer durch höchste Stellen in der Finanzverwaltung des Landes gezielt kaltgestellt. Finanzminister Karlheinz Weimar (CDU) gerät unter Druck.**

Weimar, seit 1999 Minister, versuche im Zusammenhang mit der von oben

#### **Elitehochschule Dafür ist Geld da**

Für Proteste in Wiesbaden sorgt die für 2011 geplante Ansiedlung einer neuen juristischen Fakultät „Law School“ der privaten Elitehochschule European Business School (EBS). Dafür wird das alte Gerichtsgebäude jetzt mit öffentlichen Geldern renoviert. Die Wiesbadener „Jamaika“-Koalition aus CDU, FDP und Grünen und das CDU/FDP-regierte Land Hessen wollen dafür insgesamt bis zu 50 Millionen Euro aufbringen. Da die „Law School“ als Bezahl-Uni von ihren Studierenden jährlich mindestens 12.000 Euro Studiengebühren erheben wird, dürfte die Einrichtung nur für eine kleine begüterte Minderheit von Studierenden erschwinglich sein.

Kritiker der EBS-Pläne aus dem Wiesbadener Stadtschülerrat protestierten gegen das Projekt. Stadtschüler-sprecherin Astrid Schröder bemängelte, dass in Wiesbaden öffentliche Schulen aus Geldmangel trotz dringenden Bedarfs nicht saniert werden könnten. „Die maroden Schulen brechen zusammen und die Stadt scheint sich kein bisschen dafür zu interessieren“, kritisiert ein Schüler.



her erzwungenen Frühpensionierung gewissenhafter Steuerprüfer gezielt, »die Aufklärung zu verhindern, weil eine wirkliche Untersuchung der Vorgänge zwangsläufig zu seinem Rücktritt führen würde«, zitiert die Frankfurter Rundschau den ehemaligen Steuerfahnder Rudolf Schmenger: »Weimar ist tief verstrickt in diese Vorgänge«.

Schmenger ist einer von vier Ex-Finanzbeamten und Fahndern, die nach der Jahrtausendwende wegen Steuerhinterziehung gegen Großbanken ermittelten und später zwangspensioniert wurden. Dabei wurden die Betroffenen aufgrund eines ebenso falschen wie gleichlautenden psychiatrischen Gutachtens für unheilbar

psychisch krank erklärt. Sie wollen jetzt den persönlich erlittenen Schaden geltend machen und Schadensersatz für die »Stigmatisierung als psychisch unheilbar Kranke« fordern. Schmenger hat nach eigenen Angaben bereits 2004 Ministerpräsident Koch (CDU) auf Missstände in der hessischen Finanzverwaltung hingewiesen und darin detailliert Straftaten aufgelistet, die Führungskräfte der hessischen Finanzverwaltung begangen hätten: Strafvereitelung im Amt, falsche Verdächtigung, Verletzungen des Steuergeheimnisses und des Personaldatenschutzes, Mobbing und Verleumdung. Koch habe jedoch nicht reagiert. Eine Petition zu Gunsten der Steuerfahnder habe der Landtag im Januar 2006 abgeschmettert. Das System Koch funktioniert bis heute und hat seine Methoden sogar noch verfeinert. Die Vorgänge im Hessischen Finanzministerium sind ein Fall für die Staatsanwaltschaft und für den Staatsgerichtshof, meint die Linksfraktion im Hessischen Landtag.

**Mitmachen!**

[www.die-linke.de/mitgliedschaft/eintreten/eintrittserklaerung/](http://www.die-linke.de/mitgliedschaft/eintreten/eintrittserklaerung/)

### **In eigener Sache: Pressefreiheit für wen?**

„Es ist offenbar Ihre Strategie, die Aktivitäten der Partei DIE LINKE in Hessen totzuschweigen“, protestierte Herbert G. Just, Kreisschatzmeister der Wiesbadener LINKEN, Ende Juni 2009 in einem Brief an die größte Wiesbadener Tageszeitung: „Jeder Karnickelzüchterverein in Wiesbaden wird besser behandelt als eine demokratische Partei.“

DIE LINKE sei „keine im bundesrepublikanischen Parlamentssystem fest verankerte Gruppierung“, begründete der Chefredakteur des Blatts das weitgehende Totschweigen unserer Partei: „Im Gegenteil (...) sinkt der Stern der Partei schon wieder.“ Drei Monate später errang DIE LINKE im Bund 11,9% Prozent. So viel zum angeblich „sinkenden Stern“.

Pressefreiheit in Deutschland ist zunehmend die Freiheit der einhundert Menschen, die sich eine eigene Zeitung leisten können und bestimmen, was Sie erfahren dürfen und was nicht. Damit wollen wir uns nicht abfinden. Daher melden wir uns mit eigenen Medien zu Wort - auch mit diesem Informationsblatt. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung. Viel Spaß beim Lesen.

**Impressum:** DIE LINKE. Wiesbaden; Römerberg 9, 65183 Wiesbaden, Tel.: 0611 30 86 498, [wahlkreisbuero@dielinke-wiesbaden.de](mailto:wahlkreisbuero@dielinke-wiesbaden.de)  
Text und Gestaltung: Hans-Gerd Öfinger, V.i.S.d.P.: Jörg Jungmann

# K wie konservativ und Köhler

Als der Koch-Vertraute Franz-Josef Jung wegen des Luftangriffs auf Tanklaster in Kundus seinen Hut nahm, musste das neue Gesicht im Kabinett aus Hessen stammen. So wurde die Wiesbadener CDU-Frau Kristina Köhler Familienministerin. Ihr stramm konservatives und neoliberales Credo hat ihren Aufstieg in der Wiesbadener CDU gefördert. Im Bundestagswahlkampf gab sie sich jedoch geschmeidig, mied ihr früheres rechtes Kampfvokabular und unterließ frühere Sprüche von der „Zunahme deutschenfeindlicher Gewalt“ durch Ausländer und von einem „europäischen Kalifat“.

Von den Alltagsorgen einer Wiesbadener Durchschnittsfamilie hat die kinderlose Tochter eines Juristen und einer Immobilienmaklerin wenig Ahnung. 2002 heuchelte sie „Sorgen“ um die Unabhängigkeit der DGB-Gewerkschaften und protestierte vor dem DGB-Haus gegen die Nähe des DGB zu Rot-Grün. Im Wahlkampf 2009 blieb sie der DGB-Podiumsdiskussion trotz Einladung fern. Dafür sprach sich Köhler bei der Kandidatenrunde des Wiesbadener Kurier für mehr Ein-Euro-Jobs in Wiesbaden aus. Ein-Euro-Jobs seien ein wirksames Mittel gegen Schwarzar-

beit, erklärte Köhler und unterstellte Erwerbslosen massenhafte Schwarzarbeit. Auf eine Publikumsfrage nach dem Missbrauch von Ein-Euro-Jobs antwortete Köhler, Hartz IV-Empfänger könnten auch als Ein-Euro-Jobber den Fahrgästen „im Bahnhof zeigen, welche Züge man nehmen kann“. Viele seien „froh“, wenn sie dies machen dürften.

Dies zeugt auch von großer Unkenntnis der Arbeitsabläufe bei der Eisenbahn. Denn im Alltag der DB-„Service Points“ kommt es nicht nur auf die computergestützte Fahrplanauskunft an. Service-Mitarbeiter sind gut geschulte „All-Rounder“, die vor allem in Krisensituationen ihre Qualität unter Beweis stellen.

Doch solche Sachverhalte sind für Köhler ein Buch mit sieben Siegeln. Damit ist sie im Bundeskabinett in guter Gesellschaft.

## Unsere Termine

**Mittwoch, 20. Jan. 2010, 19 Uhr,**  
Bürgerzentrum Adlerstraße 19,  
Kreismitgliederversammlung mit  
Schwerpunkt Kommunalwahl 2011  
**Samstag, 23. Jan. 2010, 14-18**  
Uhr, Geschichte der Arbeiterbewegung  
(Teil II: 1918-1945), Georg-  
Buch-Haus, Eing. Walramstr.16a

## Was Wiesbadener Zeitungsleser nicht wissen sollen Dambruch in Rüsselsheim

Die Mainzer Verlagsgruppe Rhein-Main (VRM) und das Darmstädter Medienhaus Südhessen werden ihre bisherigen Zeitungsdruckereien bis Herbst 2010 schließen und damit rund 450 Beschäftigte auf die Straße setzen. Derzeit entsteht ein neues Druckzentrum in Rüsselsheim. Ab Herbst 2010 soll hier eine der modernsten Großdruckereien Zeitungen produzieren.

Die beiden Zeitungsverlage haben in ihrem engen Verbreitungsgebiet eine quasi-monopolartige Stellung und produzieren u.a. »Darmstädter Echo«, »Wiesbadener Kurier«, »Wiesbadener Tagblatt« und »Allgemeine Zeitung«.

Die bisher in Mainz und Darmstadt eingesetzten Arbeiter können sich zwar um einen neuen Job in Rüsselsheim bewerben, ihre

Chancen werden jedoch als schlecht eingestuft. Schließlich soll das neue Druckzentrum ganz ohne Tarifbindung produzieren. Zudem ist das Unternehmen dem Vernehmen nach nicht abgeneigt, künftig auch Leiharbeiter einzustellen. Damit würden die in jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Kämpfen in der Druckindustrie errungenen hohen Standards bei Einkommen und Arbeitsbedingungen auf einen Schlag nicht mehr gelten. Ein Dambruch! Für die Beschäftigten im Mainzer Druckhaus ist am 31. Oktober 2010 Schluss. »Die Furcht vor dem sozialen Abstieg geht um. Das kann weder eine Abfindung noch eine Transfergesellschaft kompensieren«, erklärt Betriebsratsvorsitzende Alfred Roth. Die Verlage suchten sich »billigere und willfährige Arbeiter«.

## Fünf Jahre Hartz IV

*Vier Fragen an Veit Wilhelmy,  
Fraktionsloser Stadtverordneter.*

### **Geben Ein-Euro-Jobs Langzeitarbeitslosen eine Chance zur Rückkehr in den 1. Arbeitsmarkt?**

Meistens bewirken sie genau das Gegenteil. Die Betroffenen werden stigmatisiert, verbleiben meist in der Perspektivlosigkeit und gehen von einer „Maßnahme“ zur nächsten.

### **Kritiker werfen der Stadt Wiesbaden massenhaften Missbrauch von Ein-Euro-Jobs vor. Warum?**

Wiesbaden hat mit 4,7% die höchste Sanktionsquote gegen „erwerbsfähige Hilfebedürftige“, der Bundesdurchschnitt liegt bei 1,9%. In Wiesbaden wurden 600 versicherungspflichtige Arbeitsplätze durch den Einsatz von Euro-Jobbern vernichtet. Wiesbaden hat die mit Abstand schlechteste Vermittlungsquote von Ein-Euro-Jobbern auf den ersten Arbeitsmarkt: von 43 Ein-Euro-Jobbern landet nur einer auf dem ersten Arbeitsmarkt, meist aber nur mit 400-Euro-Job.

### **Die Hartz-Gesetze schwächen die Gewerkschaften. Wie sieht man das in Wiesbaden?**

Die große Mehrheit der Gewerkschafter in Wiesbaden lehnt die Vernichtung von regulärer Beschäftigung durch „Arbeitsgelegenheiten“ kategorisch ab. Es gibt leider einige wenige, meist sozialdemokratische Funktionäre, die die Verhältnisse beschwichtigen oder glatt ignorieren. Sie haben sich aber selbst gewerkschaftspolitisch disqualifiziert.

### **Viele Parteien wollen unbedingt, dass Wiesbaden weiter als „Optionskommune“ ausschließlich die Betreuung von Empfängern des Arbeitslosengeldes II organisiert. Was steckt dahinter?**

Ein Grund: Kaum ein Kommunalpolitiker will zugeben, dass Wiesbaden beschäftigungspolitisch auf dem Holzweg ist. Ein anderer ist deren These, dass Hartz IV mit den Ein-Euro-Jobs richtig ist. Auch spielt eine machtpolitische Dimension eine wichtige Rolle: Optionskommune bedeutet größere personelle Ausstattung aus Bundesmitteln im Bereich der Verwaltung. Auch geht es ihnen um eine Zurückdrängung des Einflusses der Agentur für Arbeit vor Ort.